

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post 4.70 bezw. 12.10 M. Postgeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 10 Pf. Im Falle abdrückender Gewalt, Streichung, Verlesung hat der Abonnent keinen Anspruch auf Vorforderung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Verhöden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Alsfeldstraße 11. Fernruf Nr. 5015 und 5016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile 60 Pf., die 22 mm breite Zeile 40 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 1. — M. Ausland 2. — bezw. 3. — M. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 548

Dienstag, 23. November 1920.

74. Jahrgang

Kesseltreiben gegen das Haus Hohenzollern

Vor einiger Zeit erfuhr die Öffentlichkeit davon, daß das Bankhaus Gruner, Philippson u. Co., das in Amsterdam seinen Sitz hat und in Berlin eine Filiale unterhält, riesige Verschleudungen deutschen Kapitals ins Ausland vorgenommen sein sollen. In den Kunden des Bankhauses sollen hochstehende Persönlichkeiten zählten. In der jüngsten Reichstags-Sitzung wurde von sozialdemokratischer Seite an die Regierung eine Anfrage bezüglich dieses Falles gestellt. Dabei kam es zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung, als in Verbindung mit der Anfrage der sozialdemokratische Redner scharfe Angriffe gegen das Haus Hohenzollern richtete. Der sozialdemokratische Redner behauptete, daß in den Kunden des Bankhauses u. a. auch die frühere Kronprinzessin gehörte, ferner andere Mitglieder des Hohenzollernhauses. Es sollen rund 250 Millionen Mark von der Firma nach Holland verschoben worden sein, um dem Zugriff der deutschen Steuerbehörde zu entziehen. In der Antwort gab der Reichsfinanzminister Dr. Wirth zu, daß sich unter den Kunden der Bank tatsächlich einige Mitglieder des Hohenzollernhauses befänden. Namen könne er nicht nennen, da der Staatsanwalt ihn gewarnt habe; es sei ihm noch kein Verbrechen einzelner Persönlichkeiten bekannt. Der Reichsfinanzminister verweigerte, daß die Untersuchung und Verfolgung des Falles eine Rücksicht auf Personen durchgeföhrt würde. In der Debatte behaupteten die Redner der Sozialdemokraten und der Volkspartei, die Anfrage sei von der Sozialdemokratie nur gestellt, um gegen das Haus Hohenzollern und gegen die Monarchie im allgemeinen anzukämpfen, die Redner nahmen die Hohenzollern in Schutz.

Abg. Dr. Düringer (Dn. Sp.) wünscht scharfe Durchführung der Untersuchung ohne Ansehen der Person. Jetzt, wo die Juristen das Wort hätten, müßten alle politischen Redenden zurücktreten. Diese Interpellation will aber gerade die Sache politisch ausschlagen. Jedenfalls müßte, wo man die Gesetze verstoßen worden sei, energische Bestrafung erfolgen. Die Erzählungen des „Vorwärts“ über die Verschleudung der Kronprinzessin bei Gruner seien erfunden und erlogen. Was die Kronprinzessin bei Gruner in Amsterdam haben hat, ist lediglich das Konto für den Aufenthalt des Kronprinzen. („Dort, dort!“) Die Heise des „Vorwärts“ ist lediglich bestimmt, die Liebe, die noch in der Bevölkerung zum Hause Hohenzollern besteht, zu untergraben.

Abg. Graf Westarp (Dn. Sp.): In der sozialdemokratischen Presse und in Versammlungen wird fortwährend über die Hohenzollern in niederträchtiger Weise hergezogen. Die Geschäftsverbindungen des kaiserlichen Hauses mit dem Bankhaus Gruner u. Co. erklärt sich nach meinen Informationen daraus, daß der Kronprinz im Winter 1918 mittellos in Holland war und deshalb ein Darlehen von 5000 Gulden bei dem Hause dieser Bankfirma in Amsterdam aufnehmen mußte. Eine Steuerhinterziehung kann erst dann in Frage kommen, wenn ins Ausland übertragene Kapital verheimlicht wird, und davon kann im vorliegenden Falle keine Rede sein. Für die Sozialdemokratie handelt es sich hier wiederum um ein Kampfmittel gegen das Hohenzollernhaus. Die Veränderung der Republik ist nicht im Grunde eine fünfzundertjährige Geldwäsche auszulösen. (Großer Tumult, Zustimmung rechts, Einspruch links.) Mit allem Unrat von links werden Sie dem deutschen Volke die Fäulnis und Treue zum Hohenzollernhaus nicht aus dem Sinn reißen. (Stürmisches „Bravo!“ rechts, Rufen links.) Minutenslang konnte sich Vizepräsident Voss nicht Ruhe verschaffen.)

Abg. Kahl (D. V. P.):

Die auf der Höhe der Menschheit stehen, haben eine doppelt Verantwortlichkeit zu tragen. Die Mächtigkeit des Reichs steht höher als jede andere Mächtigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Volkspartei, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Meine Partei steht selbstverständlich auch das Bankhaus Gruner in seiner Weise. Sie wird sich aber die volle Unbefangtheit bewahren und alle Vorurteile nur vom rein sachlichen Standpunkt aus beurteilen. Meine Partei hat es sich überlegt, ob es nicht besser wäre, durch eine einfache Klärung Stellung in der Angelegenheit zu nehmen und mit der parlamentarischen Kritik zurückzuhalten, bis die Gerichte entschieden haben. Das heißt den Auftrag, über eine solche Erklärung nicht hinauszuweichen, wenn Form und Gang der Verhandlungen nicht eine andere Haltung erforderlich machen würden. Ich glaube, daß dieser letztere Fall eingetreten ist. (Zustimmung bei den Deutschen Volkspartei.) Der Vizepräsident der Interpellation hat mit verächtlicher Spitzfindigkeit gesagt, daß es nicht dieser Punkt veranlaßt mich, näher und gründlicher auf die Interpellation einzugehen. Sie ist nicht geeignet, dem Redner einen Dienst zu erweisen. (Lebhafte Beifall rechts, Zustimmung links bei den Sozialdemokraten.) Die Interpellanten haben genau gemerkt, daß in dieser Sache wichtige Seiten der Behörden nochdrücklich eingeschritten worden. Es hätte also des Mittels der Interpellation nicht bedurft, um den behördlichen Apparat in Bewegung zu setzen. Die große politische und journalistische Aufmerksamkeit, die dieser Angelegenheit zuteil wird, ist ihnen nur darauf ankomme, das Hohenzollernhaus die Monarchie, ferner auch alle anderen alle Seiten zu inkreditieren. Damit stimmen auch überein die Kommentare des leitenden Blattes. Daß eine Ueberdrift lautet: „Gruner, Hohenzollern u. Co.“. Also darauf kommt es an, daß man in den Behörden geistig steht. Selbst wenn die Tatsache richtig wäre, daß Mitglieder des Hauses Hohenzollern an den Schie-

bungen beteiligt gewesen wären, selbst dann würde die Beteiligung dem Hause zur Last fallen, nicht aber der Monarchie. Was das Haus Hohenzollern betrifft, so sind die Kulturwerte, die es geschaffen hat, in die Sterne geschrieben. (Anhaltende stürmische Beifallslundung rechts, Gegenlindung links.) Die Kulturwerte des Hauses Hohenzollern können nicht dadurch verdunkelt werden. Das schäufstellen verlangt die geschichtliche Gerechtigkeit. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Denn irgendwo und irgendwann ein Schurke an der Spitze eines Fürstenhauses aufstanden hat, so berechtigt das noch nicht, den monarchischen Gedanken abzulehnen.

Wir halten die Monarchie für die bessere Staatsform, weil sie eine über den Parteien stehende Staatsgewalt darstellt und deshalb einer Staatsautorität besser entspricht. (Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Wir wissen trotzdem, was wir der Welmarer Verfassung schuldig sind. Am liebsten: wenn Kapitalverschleudungen vorgekommen sind, sind sie bereits im Jahre 1919, also unter der Regierung der Interpellanten, geschehen, nach meinen Informationen sowie wie eine Reihe von Versicherungen des „Vorwärts“ beweisen. So ist zum Beispiel die Rede von einem Adjutanten des Kronprinzen, einem Freiherrn v. Reichenstein. Es hat niemals einen kronprinzlichen Adjutanten dieses Namens gegeben. Die Kronprinzessin soll eine Tochter des Bankiers Gruner bei sich empfangen haben. Die Kronprinzessin hat nie eine Tochter Gruners gesehen. Auch hat die kronprinzliche Familie niemals 50 Millionen Mark beiseite, die verschoben werden könnten. Die Kronprinzessin ist niemals im Hotel „Eplanade“ gewesen. Ebenso war die Familie Gruners niemals bei der Kronprinzessin. Gruner selbst war nur einmal bei ihr. Diese Nichtbestimmungen bedeuten nur Proben zur Inkriminierung der Wahrheit. Das Finanzsystem des „Vorwärts“ ist damit auf Klarheit erwiesen. (Unruhe links.) Am liebsten sind die Steuererklärungen überhaupt noch nicht erfolgt. Soweit Verhöbe vorgekommen sind, handelt es sich um solche, an denen weder der Kronprinz noch die Kronprinzessin eine Schuld tragen. (Lärm links, energische Jurist Redebauern und Mißverständnisse. Glucke des Vizepräsidenten, dem es erst nach längerer Zeit gelang, dem Redner wieder Gehör zu verschaffen.)

Vor allem trifft diese Personen keine Schuld in ethischem Sinne. (Rufen links): Machen Sie mich später für jedes dieser Worte verantwortlich. Die Interpellanten haben über die „Salus publica“ ihre parteipolitischen Interessen gestellt. Hier trennt sich eine Luft der ethisch-nationalen Anschauung. (Rufen links): Andere geschichtliche Werte außer ihren eigenen Götzen haben die Sozialdemokraten nicht. Aber die Erkenntnis für die gegenwärtige Lage unseres Vaterlandes hätte man erwarten können. Niemals hat eine Partei im Ausland sich derart benommen.

Das deutsche Volk wird Ihnen zur entsprechenden Stunde antworten.

(Lärm links, Beifall rechts.) Die Interpellation ist ein Zeugnis Ihrer politischen Schwäche. Die Arbeiter begreifen allmählich, daß Ihre Theorien, wenn sie auch noch so revolutionär sind, ihnen nicht helfen. Die Wahlen in Sachsen beweisen das. Die Wahlen in Preußen werden folgen. Und im Reich können Sie ebenfalls Wahlen haben, wenn Sie Unpakt danach verschären. Ich kann dem Abgeordneten Müller nur empfehlen: Versuchen auch Sie, in Schönheit zu sterben. (Stürmisches Heiterkeit.) Die Interpellation ist nur ein politisches Agitationsmittel. (Beifall, Unruhe links, Rufen: „Schieber!“)

Neue Kriegsgefahr im Osten.

Russland bricht die Verhandlungen mit Polen ab.

Kopenhagen, 22. Nov. Nach einem Telegramm aus Moskau ist die russisch-polnische Friedensverhandlung abgebrochen worden. Joffe stellte dem polnischen Vertreter Dombalski eine Note zu, in der er erklärte, daß das von den beiden Präsidenten der Friedenskonferenz am 14. November unterzeichnete Protokoll kein Abwärtshandelsverhältnis bezüglich der Zurückziehung der polnischen Truppen bis zur polnischen Staatsgrenze. Der Chef der polnischen Abteilung der russisch-polnischen Militärkommission in Moskau, Oberst Ribac, habe indeffen vorgeschlagen, einen neuen Plan für die Zurückziehung der polnischen Truppen und die Errichtung einer 30 Meilen-Zone zwischen den polnischen und ukrainischen Truppen auszuarbeiten. Ferner verlangte er die Auflösung der Kommission. Joffe erklärte, daß Ribac nur die Absicht verfolgte, die Vereinigung der Heere Poljars und Belachowitsch zu ermöglichen. Ein solches Aufstreben sei gleichbedeutend mit der Belagerung, die im Protokoll am 14. Nov. übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Verhandlungen würden daher so lange abgebrochen werden, bis die Polen ihre Truppen zurückgezogen hätten.

Die irische Revolution.

Am Samstag Vormittag wurden in Dublin in Irland 14 Offiziere getötet und 8 verwundet. Die Morde wurden zum Teil in den Wohnungen der Geistlichen ausgeführt. Unter den Ermordeten befanden sich mehrere Gerichtsoffiziere. Bei der Verfolgung der Morde durch die Polizei kam es zu Schießereien, durch die Polizisten und Zivilisten getötet wurden. Bei dem Kampf auf einem Sportplatz soll es 10 Tote und 60 bis 70 Verwundete gegeben haben.

Die Völkerbundtagung in Genf.

Internationaler Gerichtshof.

Genf, 22. Nov. Die dritte Kommission der Völkerbundversammlung, die sich mit dem internationalen Gerichtshof zu befassen hat, nahm einen Bericht des Präsidenten Leon Bourgeois entgegen, der u. a. erklärte, daß die Kommission nicht auseinandergehen dürfe, ohne durch ihre Arbeiten der Völkerbundversammlung möglich gemacht zu haben, der Welt einen internationalen ständigen Gerichtshof zu geben. Eine Unterkommision von 10 Mitgliedern, von denen die Hälfte dem juristischen Komitee im Haag angehört, wurde mit der Prüfung der Frage betraut.

Deutschland und der Völkerbund.

Paris, 22. Nov. Der Genfer Korrespondent des Blattes „Echange Telegraph“ erklärt, er habe eine Umfrage unter den Bevollmächtigten beim Völkerbund veranstaltet, die ergeben habe, daß 24 Staaten unter 30 der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund gänzlich gekannt seien. Der Völkerbund könne nur nützliche Arbeit leisten, wenn alle Staaten ohne Ausnahme an seinen Beratungen teilnahmen. Amsterdam, 22. Nov. Das „Nieuw“ George nachehende Blatt „Dailu Chronicle“ schreibt in einem Artikel, daß der durchaus überwiegende Teil der britischen öffentlichen Meinung, und zwar sehr mit Recht, für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sei.

Die sächsischen Unabhängigen regierungslustig?

Einer Blättermeldung aus Dresden zufolge haben sich die sächsischen Unabhängigen bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen an einer Regierungsbildung aus allen sächsischen Parteien teilzunehmen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 23. November.

Das Ergebnis der Ortskrankenkassenwahlen.

Wir haben des Öfteren betont, wie notwendig es ist, kommunalpolitische und sozialwirtschaftliche Fragen mehr, als es bisher geschah, zum Gegenstand öffentlicher Behandlung zu machen. Das Ergebnis der Wahlen zur Ortskrankenkasse lehrt wieder, wie recht wir mit dieser Forderung haben. Zeigt schon der Verlauf der großen politischen Wahlkämpfe, daß in weitesten Kreisen der Bevölkerung kein Fortschritt in der Anteilnahme an den großen Fragen der Zeit, und damit der politischen Reiferwerdung festzustellen ist, so läßt die Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit, mit der die Bevölkerung kommunalpolitische Probleme behandelt oder nicht zu behandeln in der Frage ist, den Schluß zu, daß auch in rein wirtschaftlichen Fragen wir noch weit entfernt von dem Wesen und Sinn eines demokratischen Staates sind. Es ist nicht anders: die politischen Parteien und ihre Arbeit in Reich und Staat haben nicht vernachlässigt das Interesse an der Politik selbst zu vermehren, die wachsende Wahlmüdigkeit beweist es. Sehr zum Schaden des Bürgerturns, das dadurch immer mehr in Abhängigkeit von den rührigeren sozialistischen Gruppen gerät, die begünstigte Auffklärung, Reife und Opferwilligkeit ihrer Anhänger besser gestellt sind. Es wird deshalb einer umfangreichen Aufklärungs- und Wertarbeit bedürfen, wenn bei den kommenden kommunalen Wahlen eine geradezu katastrophale Laubheit der bürgerlichen Wähler ausgeschlossen sein soll. Es ist nicht damit getan, daß wenige Tage vor einer Wahl mit der Arbeit begonnen wird. Es muß vielmehr durch lange und systematische Kleinarbeit in den Wählern das Gefühl für die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Wahlpflicht erweckt werden.

Auch die Wahlen zur Ortskrankenkasse haben wieder die bedauerliche Tatsache gezeigt, daß viele Kreise sich weder ihrer Verantwortung bewußt noch willens sind, von ihrem vornehmsten Recht Gebrauch zu machen. Wahlberechtigt waren in der Klasse der Versicherten rund 2100 Mitglieder (etwa 70 Proz. der Versicherten). Davon haben gewählt nur etwa 22 Proz., während 1913 noch 43 Proz. Wahlrecht ausübten. Von den 800 wahlberechtigten Arbeitnehmern haben etwa 20 Proz. von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht gegen 50 Proz. im Jahre 1913. Also ein geradezu schändliches Ergebnis. Von den abgerechneten Stimmen sind in der Klasse der Versicherten auf Liste II (Sozialdem. Gewerkschaften) 2704 gestimmt, auf Liste I (Ver. einigte Bürgerliche) 1507 Stimmen, sodas 21 Gegenwärtige 24 im Jahre 1913 bürgerliche Arbeitnehmer, Vertreter und 30 (gegenüber 38 im Jahre 1913) Gewerkschaftsvertreter dem Ausschuss angehören werden. Bei den Arbeitgebern sind die entsprechenden Zahlen: Bürgerliche 28 (gegenüber 29 im Jahre 1913), Gewerkschaften 1 (gegenüber 2).

Jeder Arbeitgeber, noch Versicherte haben nach diesem Ergebnis Verantwortung, stolz darauf zu sein. Und wenn alles beim alten bleibt, dann mag man nicht schimpfen, sondern diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die ihre vornehmste Pflicht auch in dieser Frage nicht erfüllt haben! H. Gz.

Verbot des Verkehrs und Spielens auf dem Exerzierplatz. Das Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß auf Verbot des Herrn Kom. Generals des 30. A. L. der Verkehr und die Spiele auf dem Exerzierplatz verboten sind, weil daselbst die Schaffung eines Stadions (Rennbahn) für die Garnisonstruppen vorgezogen ist. Der Magistrat warnt in einer Bekanntmachung vor dem Betreten des Exerzierplatzes.

Biehmarkt. Durch die hohen Preise auf dem Fleischmarkt hat die Kaufkraft der Konsumenten in der abgelaufenen

Das Amisgetier, Abiculus